

2038

Discussion Papers

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

2023

Zur Geschichte des "arbeitnehmernah"
und "keynesianisch" geltenden Deutschen
Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW)
seit den 50er Jahren

Gert G. Wagner

Die in diesem Papier vertretenen Auffassungen liegen ausschließlich in der Verantwortung des Verfassers/der Verfasser und nicht in der des Instituts.

IMPRESSUM

DIW Berlin, 2023
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
Mohrenstr. 58
10117 Berlin

Tel. +49 (30) 897 89-0
Fax +49 (30) 897 89-200
<https://www.diw.de>

ISSN elektron. Ausgabe 1619-4535

Die Diskussionspapiere können kostenfrei von der Webseite des DIW Berlin heruntergeladen werden:
<https://www.diw.de/discussionpapers>

Die Diskussionspapiere des DIW Berlin werden in RePEc und SSRN indiziert:
<https://ideas.repec.org/s/diw/diwwpp.html>
<https://www.ssrn.com/link/DIW-Berlin-German-Inst-Econ-Res.html>

Zur Geschichte des „arbeitnehmernah“ und „keynesianisch“ geltenden Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) seit den 50er Jahren

Gert G. Wagner

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)

Mai 2023

Zusammenfassung

Für das im Jahr 2025 stattfindende 100-jährige Jubiläum des DIW Berlin und dessen Geschichte ist die hier vorgelegte Dokumentation eines 1999 geführten Gesprächs zwischen den ehemaligen DIW-Abteilungsleitern Fritz Franzmeyer und Reinhard Pohl einerseits und Gert G. Wagner andererseits von Interesse, das die Frage thematisiert, warum das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) in der Öffentlichkeit seit Jahrzehnten als "arbeitnehmernah" und "keynesianisch" etikettiert wurde. Die Dokumentation wurde bislang nicht veröffentlicht; die vorliegende Fassung wurde auf Basis eines eingescannten Ausdrucks im Mai 2023 fertiggestellt; inhaltliche Änderungen wurden nicht vorgenommen.

Keywords: German Institute for Economic Research, DIW Berlin, History, Keynesianism

JEL-Classification: B22, B31, Z13

Zur Geschichte des „arbeitnehmernah“ und „keynesianisch“ geltenden Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) seit den 50er Jahren

Die folgenden Ausführungen gehen zurück auf ein Gespräch am 20. Juli 1999 zwischen den ehemaligen DIW-Abteilungsleitern Fritz Franzmeyer und Reinhard Pohl einerseits und Gert Wagner andererseits, von dem die Initiative ausging.¹ Der Text wurde bislang nicht veröffentlicht; die vorliegende Fassung wurde auf Basis eines eingescannten Ausdrucks im Mai 2023 fertiggestellt; inhaltliche Änderungen wurden nicht vorgenommen.

Ausgangspunkt des Gesprächs war die von Wagner gestellte Frage, warum das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in der Öffentlichkeit seit Jahrzehnten (seit den 70er Jahren?) permanent als "arbeitnehmernah" und "keynesianisch" etikettiert wird. Auch über 20 Jahre nach dem im folgenden dokumentierten Gespräch – und zwei Jahre vor dem 100jährigen Jubiläum des Instituts – ist diese Feststellung noch aktuell (vgl. Schwarzbauer et al. 2019).

1 Zur Rolle des Keynesianismus

Als Fazit des Gesprächs ergab sich für die Gesprächspartner das Bild, dass das DIW im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsforschungsinstituten niemals eine bewusste Wendung in Richtung Keynesianismus genommen hat, sondern dass der Keynesianismus nach dem zweiten Weltkrieg zum Mainstream wurde; dem folgten alle Wirtschaftsforschungsinstitute in den 50er und 60er Jahren. Während das DIW "den Keynesianismus" nicht verlassen hat, hat das Kieler Institut für Weltwirtschaft mit der Präsidentschaft von Giersch eine explizite Wende hin zur "supply-side-economics" vollzogen. An der Spitze standen junge Leute wie Jürgen Donges, der zu einer Gruppe gehörte, die "wie ein Orden" agiert hat (Reinhard Pohl).

Das DIW bekam das Etikett keynesianisch freilich nicht nur deswegen angehängt, weil es mit dem Kieler Institut einen Widerpart gefunden hatte, der seit Anfang der 70er Jahre explizit

¹ Der vorliegende Text ist eine nach einem neuerlichen Gespräch am 1. Februar 2000 von Fritz Franzmeyer und Reinhard Pohl am 18. und 22. Februar 2000 autorisierte Fassung.

anti-keynesianisch argumentierte! Es gab auch bei anderen Instituten einen, wenn auch graduellen, Paradigmenwechsel, am frühesten und entschiedensten beim Essener Institut, das das Inflationsrisiko zumindest generell höher einschätzte als das DIW und überdies die wachstums- und beschäftigungspolitische Rolle von Lohn- und Finanzpolitik des öfteren erheblich anders beurteilte: nach Ansicht des DIW zu angebotsorientiert und zu wenig nachfrageorientiert.

Da das DIW traditionell die Bedeutung der öffentlichen Infrastruktur betont hatte (insbesondere gepflegt in der Abteilung von Wolfgang Kirner "Volkswirtschaftliche Produktionsfaktoren"), standen für die Operationalisierung von keynesianischen Ausgabenprogrammen immer gute Argumente bereit, die zeigten, wie diese Programme im Detail umgesetzt werden könnten. Das Wort "Schubladenprogramme" war damals – so Franzmeyer und Pohl – geläufig und kein Schimpfwort. Ausgehend von der Bedeutung der Infrastrukturfaktoren hat das DIW auch immer eine ausreichende Steuerbasis gefordert (Fritz Franzmeyer), womit es sich den Vorwurf einhandelte, einem primitiv-keynesianistischen Interventionsismus Vorschub zu leisten.

Keynesianismus wurde im DIW allerdings bereits unter der Präsidentschaft von Klaus Dieter Arndt (1968-1974), der Anhänger einer "Feinsteuerung" war, nicht mehr naiv betrieben: Wolfgang Kirner forderte bereits in der Arndt-Ära in einem Gutachten die Verstetigung der staatlichen Baupolitik. Reinhard Pohl hat Anfang der 70er Jahre für mehr Stetigkeit bei der Geldversorgung plädiert (ein entsprechendes Gutachten für den SVR hat Arndt – so Pohl – lektoriert und gebilligt).

2 Arbeitnehmernähe qua Fragestellung?

Arbeitnehmernähe wird dem DIW wahrscheinlich deswegen bescheinigt, weil Klaus-Dieter Arndt und der spätere Präsident Hans-Jürgen Krupp aktive sozialdemokratische Politiker waren.

Auf der sachlichen Ebene dürfte sich das Etikett "Arbeitnehmernähe" ergeben haben, weil das DIW einen, wenn auch begrenzten, Trade Off zwischen „Beschäftigung“ und

"Preisstabilität" betonte und dem Beschäftigungsziel Vorrang vor einem überzogenen Preisstabilitätsziel einräumte und Ende der 90er Jahre noch immer einräumt.

Inwieweit die von Gerhard Gösecke etablierte „DIW Verteilungsrechnung“ aufgrund der puren Fragestellung dazu beitrug, dass das DIW als "arbeitnehmernah" etikettiert wurde („welche Gruppe in der Gesellschaft hat welches Einkommen?“), ist Franzmeyer und Pohl unklar. Sicher sei, dass die Beschäftigung des zu früh verstorbenen Manfred Teschner mit einem Makroökonomen wie Nicholas Kaldor, der die funktionale Verteilung thematisierte, in der keynesianischen Tradition stand.

3 Personelle Aspekte

Das intellektuelle Klima im DIW wurde in der Nachkriegszeit von Albert Wissler, Ferdinand Grünig und Klaus-Dieter Arndt und in den 60er Jahren von Klaus-Dieter Arndt geprägt (der von 1945 bis 1967 amtierende langjährige Nachkriegspräsident Ferdinand Friedensburg war als Bergbauingenieur nicht vom Fach. Er übernahm als ehemaliger „Auswärtiger Mitarbeiter“ des DIW auf Wunsch von verbliebenen Mitarbeitern als nicht belastete Persönlichkeit bereits kurz nach dem Krieg das Präsidentenamt (vgl. Friedensburg 1971, S. 37).²

² In seinen Erinnerungen, in denen das DIW nur eine marginale Rolle spielt, beschreibt Friedensburg die Übernahme der Präsidentschaft unmittelbar nach Kriegsende auf Bitte des Mitarbeiters Rolf Wagenführ mit folgenden Worten: "Um in der gegenwärtigen Lage das Institut wieder aufzurichten, sei vor allem eine politische Tragfähigkeit in der Leitung unerlässlich; meine Einwände, ich sei für eine solche Aufgabe gar nicht ausreichend geschult, spielte gegenüber dieser entscheidenden Qualifikation keine Rolle. Ich hätte ja dem Institut fünf Jahre als sogenannter Auswärtiger Mitarbeiter angehört, und mein persönliches Arbeitsgebiet, das der Bergbau- und Energiewirtschaft, werde für den Aufbau der deutschen Wirtschaft noch auf Jahre hinaus eine besonders wichtige Rolle spielen. Wagenführs Argumente wurden von den ihn begleitenden jüngeren Herren höchst nachdrücklich unterstützt. Für sie alle war ja der Wiederbeginn des Institutsbetriebs eine Existenzfrage, und ich begann einzusehen, dass hierfür der Einsatz eines politisch unangreifbaren Mannes zunächst wichtiger war als der einer Autorität auf dem Gebiet der Wirtschaftsforschung. So schluckte ich meine starken Bedenken herunter, dankte für das Vertrauen, sagte aber nur zu, für eine gewisse Frist zu amtieren, die zum Wiederaufbau der Arbeit und zur Gewinnung eines geeigneten Präsidenten erforderlich sein würde. Vielleicht hätte ich meine anfängliche Weigerung aufrechterhalten, wenn ich geahnt hätte, dass das befristete Provisorium nicht weniger als 22 Jahre dauern und mich empfindlich in der Hingabe an die politischen Aufgaben behindern würde, die ja grundsätzlich wichtiger waren. Immerhin hat mir der damalige Entschluss für die letzten Jahrzehnte meines beruflichen Lebens eine stets anregende und keineswegs untergeordnete Tätigkeit und die Zusammenarbeit mit vielen klugen, interessanten Menschen verschafft" (Friedensburg 1971, S. 37f).

Es ist unklar, ob eine intellektuelle Verbindung zwischen dem ersten DIW-Direktor und Präsidenten Wagemann, der bereits vor Keynes mit dem "Wagemann-Plan" eine Art "keynesianische" Wirtschaftspolitik skizzierte und forderte (vgl. Wagemann 1932), und dem Nachkriegs-DIW bestand. Möglich gewesen wäre dies in erster Linie über die Person von Albert Wissler, einem – so schätzen ihn alle Zeitzeugen ein – herausragenden und faszinierenden Wissenschaftler. Wissler war bereits in den 30er Jahren im DIW als Wissenschaftler tätig gewesen und wurde nach dem zweiten Weltkrieg Abteilungsleiter für Konjunktur (unter Wisslers Leitung gab es noch nicht die organisatorische Trennung zwischen Auslands- und Inlandskonjunktur).

Wahrscheinlich ist, dass keynesianisches Gedankengut im DIW deswegen auf fruchtbaren Boden fiel, weil bereits in den 30er Jahren Ferdinand Grünig (vor Carl Föhl) ein praktikables System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung konzipierte und mit empirischen Zahlen ausfüllte. Grünig, der von 1936 bis 1945 als Leiter der Volkswirtschaftlichen Abteilung der Reichswirtschaftskammer tätig war, wurde bereits am 1. Juli 1945 vom neuen Präsidenten Friedensburg wieder an das DIW geholt³, wo er in den 50er Jahren die Abteilung volkswirtschaftliche Gesamtrechnung im DIW leitete.

Die in den 50er und 60er Jahren im DIW übliche Rekrutierung des Wissenschaftler-Nachwuchses aus der Freien Universität (FU Berlin) hat das keynesianische Gedankengebäude im DIW gestärkt. Wenn im DIW Stellen zu besetzen waren, wurde bei FU-Professoren angefragt, ob und welche Studenten sie empfehlen können (insbesondere bei Andreas Paulsen und Rudolf Schilcher).⁴ Das DIW bekam dadurch exzellenten Nachwuchs, der stark von Andreas Paulsen beeinflusst war, einem der Wegbereiter des Keynesianismus in Deutschland (mit seinem Buch "Neue Wirtschaftslehre").⁵ Der "Pool" der FU Berlin war

³ Vgl. Kregel (1986, S. 81f).

⁴ Reinhard Pohl kam 1952 als studentische Hilfskraft ins DIW; Fritz Franzmeyer kam 1962 in das DIW. Beide sind FU-Absolventen und sind damit typisch für das Rekrutierungsverhalten des DIW nach dem zweiten Weltkrieg.

⁵ Paulsen promovierte z.B. auch Klaus-Dieter Arndt (vgl. Kregel 1986, S. 156) [Nachtrag 2023: Renate Filip-Köhn, eine langjährige DIW-Mitarbeiterin, die auf Anregung von Gert Wagner im Jahr 1997 Anmerkungen zum Keynesianismus des DIW aufschrieb, die nie veröffentlicht wurden, schrieb dazu: „Die „Message“ der von John Maynard Keynes konzipierten „Allgemeinen Theorie“, wie sie noch Mitte der sechziger Jahre insbesondere an der Freien Universität Berlin von Andreas Paulsen als Lehrer vieler späterer Mitarbeiter des DIW gelehrt wurde, war schlicht und hoffnungstragend: Nie wieder muss sich ein System vor einem Gleichgewichtszustand mit Unterbeschäftigung fürchten. In diesem Kontext fortfahrend, so wurde gelehrt, ist das System in seiner Wohlstandsmehrung nur begrenzt durch die Verfügbarkeit an natürlichen Ressourcen. Diese schließen den Faktor Arbeit ein,

für das DIW sehr bedeutsam; das Institut hat in diesen beiden Jahrzehnten aber durchaus auch Ökonomen aus Westdeutschland (wie man in Berlin sagte) eingestellt, z. B. Dieter Hiss, der später eine beachtliche Karriere in Bonn und wieder in Berlin (als Präsident der Landeszentralbank) machte.

Ins Bild passt, so Franzmeyer, dass als Nachfolger Friedensburgs als DIW-Präsident zunächst Carl Föhl vorgesehen war. Er war ebenfalls dem "Kreislaufgedanken" verbunden, aber der "Machtmensch" Arndt setzte sich durch.⁶

4 Randnotizen

Laut Reinhard Pohl war Ludwig Erhard gegen die Etablierung einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR), da ein solches Zahlenwerk den Einstieg in eine Planwirtschaft bilden würde!

Die intellektuelle Auseinandersetzung im DIW Mitte der 50er Jahre drehte sich um die Preisstabilität. Arndt sah stark die wirtschaftspolitischen Zielkonflikte (manche denunzierten ihn deswegen als "Inflationisten" (so berichten Franzmeyer und Pohl), während Wissler in seinen letzten Lebensjahren sehr stark auf das Ziel der Preisstabilität fixiert war. Die Auseinandersetzung, die zur Gründung der Fachzeitschrift "Konjunkturpolitik", als einem „freien“ Diskussionsforum (unabhängig von der "Hausmeinung" des DIW) führte, mag – so Franzmeyer und Pohl – zum Teil dadurch bedingt gewesen sein, dass Grünig von Hause aus Ingenieur war (wie Carl Föhl) und als Ökonom ein genialer Autodidakt, während Wissler ein studierter Ökonom war, der aufgrund seiner profunden Literaturkenntnis, insbesondere der angelsächsischen Literatur zu einem der bestinformierten Keynesianer geworden war.

Klaus-Dieter Arndt wurde mit Bildung der Großen Koalition im Dezember 1966 Parlamentarischer Staatssekretär⁷; in dieser Funktion – bei Karl Schiller – hat er dazu

und es war in den 60er Jahren empirisch eher von einer „Übernachfrage“ nach Arbeitskräften auszugehen.“ (Renate Filip-Köhn 1997, S. 11)].

⁶ Vgl. auch Kregels "neutraler" Bericht (1986, S. 136, S. 144f. und S. 156ff.), der mit Franzmeyer's Darstellung kompatibel ist, diese jedoch nicht explizit bestätigt (S. 141f).

⁷ Vgl. z.B. Kregel (1986, S. 157).

beigetragen (so Franzmeyer und Pohl), dass aus dem ursprünglich geplanten Stabilitätsgesetz ein "Stabilitäts- und Wachstumsgesetz" wurde.⁸

Gutachten [die von den 70er Jahren bis nach der Jahrtausendwende im DIW als Drittmittel eine enorme Rolle spielten] waren in den 60er Jahren im DIW "etwas Exotisches" (Fritz Franzmeyer). Diese Aussage wird durch eine entsprechende Statistik in Messer und Wagner (1998) belegt.

⁸ Vgl. z.B. Möller (1977, S. 23f.) und Schlecht (1977, S. 50).

Literatur

- Filip-Köhn, Renate (1997). Keynes war gar kein Keynesianer - Anmerkungen zum theoretischen Grundverständnis wirtschaftspolitischer Aussagen in der empirischen Wirtschaftsforschung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, *unveröffentlichtes Manuskript*, Berlin
- Friedensburg, Ferdinand (1971), *Es ging um Deutschlands Einheit - Rückschau eines Berliners auf die Jahre nach 1945*, Berlin
- Grünewald, Armin (Hg.) (1977), *Der Mann, der Brücken schlug – Erinnerungen an Klaus-Dieter Arndt (Gedenkschrift zum 50. Geburtstag)*, Berlin.
- Krengel, Rolf (1986), *Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung) 1925-1979*, Berlin.
- Messer, Ralf und Gert Wagner (1998): Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung als Beispiel für öffentlich finanzierte sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung, in: *Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen*, Bd. 21, Heft 2, S. 220-231
- Möller, Alex (1977), Klaus-Dieter Arndt – Sein Weg, in: A. Grünewald (Hg.), *Der Mann, der Brücken schlug*, Berlin S. 13-15.
- Schlecht, Otto (1977), Graue Eminenz der sozialen Symmetrie, in: A. Grünewald (Hg.), Grünewald, A. (Hg.), *Der Mann, der Brücken schlug*, Berlin, S. 49-52.
- Schwarzbauer, Wolfgang, Tobias Thomas und Gert G. Wagner (2019), Gleich und gleich gesellt sich gern?, in: *Wirtschaftsdienst*, 99. Jg., Heft 4, S. 278-285
- Wagemann, Ernst (1932), *Geld- und Kredit Reform*. Berlin